

## »» Strukturelle Hemmnisse behindern Kommunalinvestitionen mehr als die Zinswende

Nr. 415, 3. Februar 2023

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, [stephan.brand@kfw.de](mailto:stephan.brand@kfw.de),  
Dr. Johannes Salzgeber, Telefon 069 7431-2306, [johannes.salzgeber@kfw.de](mailto:johannes.salzgeber@kfw.de)

Die Vielzahl der momentanen Krisen setzt die kommunalen Haushalte unter Druck. Gerade auf der Einnahmenseite bestehen viele Unsicherheiten. In der Folge könnte es zu höheren kommunalen Schulden kommen. Die hohen öffentlichen Verbindlichkeiten werden zugleich mit Besorgnis betrachtet, nicht zuletzt weil das Zinsniveau wieder spürbar angezogen hat. Die Zinswende verteuert die Neuaufnahme von Krediten für die Kommunen genauso wie die Umschuldung der schon vorhandenen Darlehen. Nachdem der Anteil der Zinskosten an den Haushalten in den letzten Jahren auf historisch niedrige Werte gefallen ist und zu einer deutlichen finanziellen Entlastung beitrug, werden steigende Zinsen die Haushaltsspielräume in Zukunft wieder enger machen.

Ein Blick auf die kommunale Ebene zeigt jedoch, dass von steigenden Zinsen primär relativ wenige sehr hoch verschuldete Kommunen betroffen sind. Für den Großteil der Kommunen sind die steigenden Zinsen hingegen nur eine von zahlreichen Herausforderungen für den kommunalen Haushalt. Dennoch gilt es, sowohl mit Blick auf die transformativen Herausforderungen als auch auf die Schuldentragfähigkeit der Kommunen, die kommunale Finanzausstattung krisenfester zu gestalten, damit die Kommunen auch zukünftig ihren Aufgaben angemessen nachkommen können.

### Die Zinsen steigen auch für öffentliche Schuldner

Mit den kräftigen Anhebungen des Leitzinses um jeweils 0,5 Prozentpunkte im Juli und Dezember 2022 sowie 0,75 Prozentpunkte im September 2022 hat die EZB die lang erwartete Zinswende eingeleitet. Weitere Zinsschritte werden für 2023 erwartet. Auch öffentliche Schuldner sind durch die steigenden Zinsen betroffen. Bereits Mitte des letzten Jahres ist die Rendite für 10-jährige Bundeswertpapiere auf fast 1,5 % angestiegen, während sie ein Jahr zuvor noch bei rund -0,5 % lag (Grafik 1). Auch die üblichen Referenzzinssätze wie Ester oder Euribor haben in den letzten Monaten deutlich zugelegt. Die Zeiten extrem niedriger Zinsen an Kapital- und Kreditmärkten scheinen damit vorerst vorbei.<sup>1</sup>

Somit stellt sich für viele verschuldete Kommunen zunehmend die Frage, welche finanzpolitischen Erfordernisse sich aus steigenden Zinsen ableiten lassen. Denn die Investitions- und Finanzierungsbedarfe sind weiterhin hoch. Allein der kommunale Investitionsrückstand wird im aktuellen KfW-Kommunalpanel auf rund 160 Mrd. EUR beziffert.<sup>2</sup> Dazu kommen die öffentlichen Finanzbedarfe für transformative Zukunftsinvestitionen wie Klimaschutz und Digitalisierung, die auf hunderte von Milliarden Euro geschätzt werden.<sup>3</sup>

Diese Bedarfe stellen die Kommunen vor enorme Herausforderungen, nicht zuletzt weil sich die Finanzierung kaum aus den laufenden Haushalten heraus stemmen lassen wird. Die Mehrheit der Kommunen nutzt für die Finanzierung ihrer Investitionen Kommunalkredite.<sup>4</sup> Bereits jetzt schlagen erste Kommunen Alarm, dass die steigenden Zinsausgaben die Haushalte so stark belasten werden, dass Haushaltsausgleich, Investitionen oder freiwillige Angebote der Daseinsvorsorge gefährdet sind.<sup>5</sup> Es ist daher zu befürchten, dass die steigenden Zinsen die Investitionsfähigkeit der Kommunen zur Bewältigung der anstehenden Transformationen bedrohen.

### Grafik 1: Die Zinsen sind deutlich angestiegen

Aus der Zinsstruktur abgeleitete Renditen für Bundeswertpapiere mit jährl. Kuponzahlungen und 10-jähriger Restlaufzeit (in Prozent p. a.).



Quelle: Bundesbank, eigene Darstellung.

### Die kommunalen Zinslasten sind relativ gering

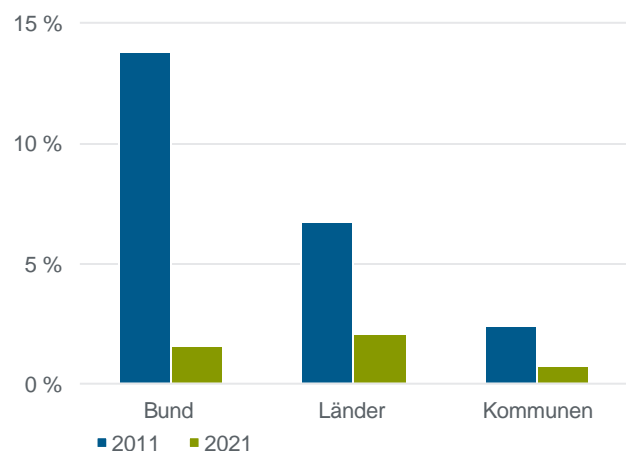
Im Vergleich zu Bund und Ländern sind die Auswirkungen von Entwicklungen am Kredit- und Kapitalmarkt auf die Kommunen eher gering, weil der Anteil der Städte, Gemeinden und Landkreise an der öffentlichen Gesamtverschuldung überschaubar ist. Im Jahr 2021 entfielen nur knapp 6 % der Schulden aller Gebietskörperschaften auf die kommunale Ebene.<sup>6</sup> Zum 31.12.2021 betrug die kommunale Verschuldung rund 134 Mrd. EUR oder 1.600 EUR je Einwohner, die Verschuldung des Bundes betrug mehr als das Elffache, die der Länder rund das Fünffache. Zudem nutzten viele Kommunen die konjunkturell gute Lage bis 2020 zum Schuldenabbau oder konnten von Entschuldungsinitiativen der Länder profitieren.<sup>7</sup>

So lag die Verschuldung der Kommunen im Jahr 2015 mit fast 140 Mrd. EUR noch deutlich über dem gegenwärtigen Stand.

Auch die Schulden- bzw. Zinslast der Kommunen ist verhältnismäßig gering (Grafik 2). Weil die Verschuldung verglichen mit den anderen föderalen Ebenen kleiner ist, fällt allerdings auch die Entlastung durch die in den letzten Jahren niedrigen Zinsen eher gering aus. Im Jahr 2021 gaben die Kommunen rund 0,8 % ihrer Gesamtausgaben für Zinszahlungen aus, im Jahr 2011 waren es immerhin noch 2,4 %. Demgegenüber sank die Zinsausgabenquote des Bundes von satten 13,8 % im Jahr 2011 auf 1,6 % im Jahr 2021, die der Länder von durchschnittlich 6,7 % auf rund 2 %.

**Grafik 2: Bund profitierte am stärksten von niedrigen Zinsen**

Zinsausgaben in Prozent der bereinigten Gesamtausgaben.



Quelle: Bundesbank, eigene Darstellung.

Die niedrigen Zinsausgabenquoten der Kommunen beschränken auch deren Risiko bei steigenden Zinsen. Müssten die Kommunen ihre gegenwärtige Verschuldung zum durchschnittlich gezahlten Zinsniveau des Jahres 2011 bedienen, würde dies lediglich eine Mehrbelastung von rund 0,7 % der aktuellen Gesamtausgaben bedeuten.<sup>8</sup>

Ein Anstieg der Gesamtausgaben in diesem Umfang kann im Einzelfall zwar durchaus relevant sein, da Kommunen nur über einen tendenziell geringen Handlungsspielraum verfügen, um zusätzliche Einnahmen zu generieren oder signifikante Einsparungen auf der Ausgabenseite zu erreichen; und für hochverschuldete Kommunen sind die potenziellen Haushaltsrisiken deutlich größer. Dennoch erscheinen die möglichen Belastungen durch steigende Zinsen für die Gesamtheit der Kommunen überschaubar.

**Über Kredite finanzieren die Kommunen nur rund ein Viertel ihrer Investitionen**

Der zentrale Grund für die verhältnismäßig geringe Verschuldung der Gesamtheit der Kommunen liegt in den relativ strikten Bedingungen zur Kreditaufnahme. Die Gemeinde- und Haushaltsordnungen sehen eine Reihenfolge der Einnahmequellen vor, wonach die Finanzierung über Fremdkapital eigentlich nur für investive Zwecke zulässig ist, wenn sonstige Mittel nicht ausreichen oder deren Einsatz nicht wirtschaftlich wäre.<sup>9</sup> Die Höhe der kommunalen Kreditnachfrage hängt damit vor allem von der Haushaltslage und den Investitionsplanungen ab.<sup>10</sup>

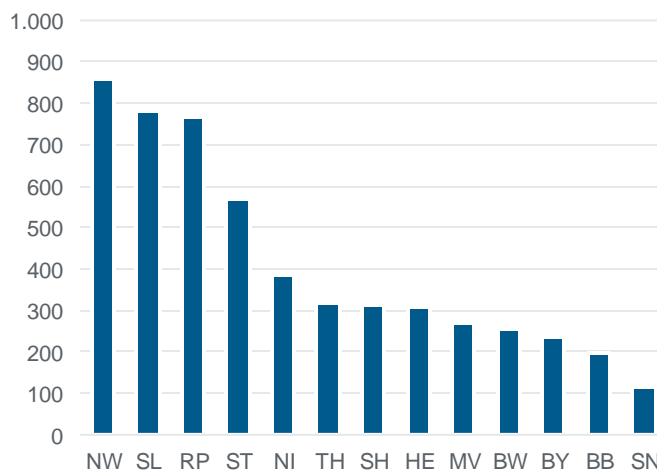
Über Kredite finanzierten die Kommunen im Jahr 2021 rund 25 % des Investitionsvolumens, im langfristigen Durchschnitt waren es bislang sogar eher 20 %.<sup>11</sup> Zwar nutzen größere Kommunen – und damit solche, die im Durchschnitt höhere Investitionen tätigen – in größerem Umfang Kredite. Allerdings ist selbst in den meisten großen Kommunen der Kommunalkredit nur ein ergänzendes und nicht das vorrangige Element der Investitionsfinanzierung.

**Die Risiken der Zinswende unterscheiden sich zwischen den Kommunen**

Angesichts dieser restriktiven Schuldenregeln ist es kaum verwunderlich, dass die Zinslasten aktuell nur für wenige Kommunen eine Herausforderung darstellen. In einer Befragung unter Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern wurde die Zinsbelastung gerade einmal von 6 % als haushaltspolitisches Problem genannt. Bei hochverschuldeten Kommunen liegt dieser Anteil immerhin bei 13 %.<sup>12</sup> Gleichzeitig werden in derselben Befragung steigende Zinsen von 62 % der Kommunen als Risiko wahrgenommen. Auch im KfW-Kommunalpanel 2022 werden steigende Zinsen häufig als Grund für eine erwartete Verschlechterung der Kreditkonditionen genannt.<sup>13</sup>

**Grafik 3: Der kommunale Refinanzierungsbedarf unterscheidet sich abhängig von den Kreditlaufzeiten**

Im Jahr 2022 und 2023 fällige kommunale Verschuldung nach Bundesländern in Euro je Einwohner.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Neben den höheren Kosten für neue Investitionskredite besteht das Zinsänderungsrisiko bei der kommunalen Verschuldung vor allem über zwei Kanäle: über die Refinanzierung auslaufender Kredite und Wertpapiere zu aktuellen Zinssätzen und über die regelmäßige Anpassung bestehender Verträge mit variabler Verzinsung. Der Großteil der kommunalen Verschuldung liegt allerdings bei festverzinsten Verträgen und Wertpapieren. Nur rund 8,5 Mrd. EUR oder 6,4 % der kommunalen Schulden im Jahr 2021 waren variabel verzinst.<sup>14</sup> Das befürchtete Zinsänderungsrisiko liegt also vor allem bei den in den kommenden Monaten auslaufenden, festverzinsten Kreditverträgen, die nun zu höheren Zinssätzen erneuert werden müssen, oder bei Krediten, deren Zinsbindungen auslaufen und für die nun neue Zinssätze auszuhandeln sind.

Über die genauen Kreditkonditionen der öffentlichen Hand (z. B. über Zinshöhe oder Zinsbindungsdauer) gibt es keine

statistische Datenbasis. Der Refinanzierungsbedarf muss darum näherungsweise über die Kreditlaufzeiten der Schuldenstatistik abgeschätzt werden. Für die potenziellen fiskalischen Risiken sind dabei die Beträge der ausstehenden Schulden entscheidend, welche perspektivisch refinanziert werden müssen. Hier zeigen sich große regionale Unterschiede. In Nordrhein-Westfalen (NW) sind beispielsweise über 800 EUR je Einwohner in diesem und nächsten Jahr fällig, in Sachsen (SN) sind es nur etwas über 100 EUR je Einwohner (Grafik 3). Daraus ergeben sich sehr unterschiedliche fiskalische Risiken.<sup>15</sup>

**Ein Beispiel:**

In einem stark vereinfachten Rechenbeispiel lässt sich aufzeigen, wie groß die Risiken dieser Fristenstrukturen sind. Dazu wird unterstellt, dass alle im Jahr 2022 und 2023 fälligen Verbindlichkeiten komplett zu einem um 1 Prozentpunkt bzw. 2 Prozentpunkte höherem Zinssatz refinanziert werden, als im Jahr 2021 im Durchschnitt des jeweiligen Bundeslands gezahlt wurde.<sup>16</sup> Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2021 insgesamt rund 730 Mio. EUR Zinsen für knapp 51 Mrd. EUR Schulden gezahlt, im Durchschnitt also 1,4 %. Die angenommenen Konditionen für den zu refinanzierenden Anteil der Verschuldung betragen in den drei Szenarien für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen somit 2,4 % bzw. 3,4 %. Die Zinsausgaben für die nicht fälligen Kredite werden aus dem Durchschnittszins für 2021 abgeleitet. Die Zinsausgaben nach Refinanzierung ergeben sich demnach aus den Kosten für nicht ausgelaufenen Schulden zu den alten Durchschnittszinsen und den refinanzierten Schulden zu den entsprechend höheren Zinsen. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse als Anteile der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben 2021 dargestellt.

Es zeigt sich, dass die Anstiege in den Bundesländern besonders stark sind, die bereits gegenwärtig die höchsten Zinsausgabenquoten und Schuldenstände haben (Grafik 4). Hier wirkt der Hebel der sich verteuernenden Kreditzinsen besonders stark. So steigt die Zinsausgabenquote im Saarland (SL) von gegenwärtig 1,9 % (blauer Balken) um rund 0,3 Prozentpunkte (grüner Balken) auf 2,2 % im Szenario einer um 1-Prozent-

punkte teureren Refinanzierung. Selbst im 2-Prozentpunkteszenario (zusätzliche Belastung durch hellblauen Balken dargestellt) steigt die Zinsausgabenquote auf lediglich 2,5 %. Zum Vergleich: im Jahr 2009 lag das Verhältnis von Zins- zu Gesamtausgaben für die saarländischen Kommunen im Durchschnitt bei fast 6 %.

Diese Ergebnisse zeigen die große Rolle, welche der Fristigkeitsstruktur der Verschuldung zukommt. So hat beispielsweise Hessen (HE) eine relativ hohe Pro-Kopf-Verschuldung, allerdings sind die Schulden eher langfristig angelegt und führen zu einem Refinanzierungsbedarf im Mittelfeld der Bundesländer. Die simulierten Auswirkungen eines Zinsanstiegs sind daher in Hessen kurzfristig gering. Anders in Sachsen-Anhalt (ST), wo ein hoher Anteil der Schulden im Jahr 2022 oder 2023 fällig ist und die Veränderungen der Zinsausgabenquoten bei den unterstellten Zinsanstiegen deutlich größer ausfallen, da auch der Refinanzierungsbedarf höher ist.<sup>17</sup>

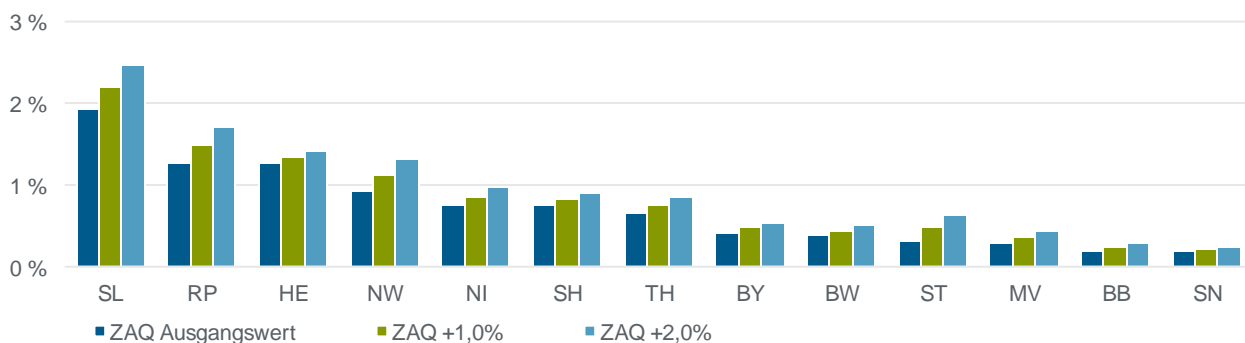
In der Summe stellen sich die Anstiege dennoch in allen Bundesländern eher moderat dar. Die Risiken sind dabei umso größer, je niedriger die Fristigkeit und je höher die Verschuldung der Kommunen ist, da hier die zu refinanzierenden Positionen größer sind und damit auch die potenziellen Haushaltsrisiken steigender Zinsen. Deshalb konzentriert sich das Zinsänderungsrisiko in erster Linie auf hochverschuldete Kommunen mit besonders hohen Zinslasten. Wenn man Zinsausgabenquoten von mehr als 2 % als sehr hoch ansieht, betrifft dies knapp 2,5 % aller Gemeinden. Auf diese Gemeinden entfielen 2021 mit rund 12 Mrd. EUR ca. 12 % aller Schulden der Gemeinden (Grafik 5). Diesen begrenzten Kreis von Kommunen gilt es bei der Konzeption von Lösungsansätzen besonders in den Blick zu nehmen.

**Steigende Zinsen sind nur eine von mehreren Herausforderungen für die kommunalen Investitionen**

Für die meisten Kommunen in Deutschland dürften zurzeit andere Probleme drängender sein als ein mögliches Zinsänderungsrisiko. Drei zentrale Herausforderungen für die Kommunen sind gegenwärtig stark gestiegene Baupreise, stark erhöhte Kosten für Energie und die Sicherstellung eines leistungsfähigen Personalbestands in der kommunalen Verwaltung.

**Grafik 4: Stärkste Anstiege in hoch verschuldeten Kommunen**

Auswirkung verschiedener Zins-Szenarien auf die kommunalen Zinsausgabenquoten



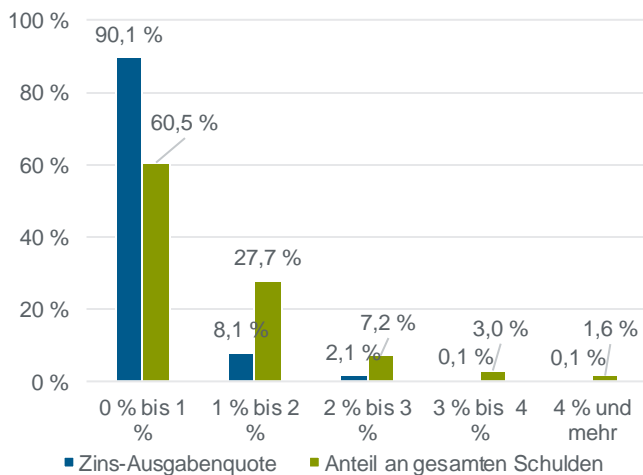
Lesehilfe: Dargestellt sind die Zinsausgabenquoten (ZAQ) der kommunalen Ebene in den 13 Flächenländern (vertikale Achse) im Jahr 2021 sowie in Szenarien, in denen alle im Jahr 2022 und 2023 fälligen Kredite zu einem um 1%-Punkt (Balken ZAQ+1%) bzw. 2%-Punkte (Balken ZAQ+2%) höherem Zins refinanziert werden müssen, als im Jahr 2021 im Durchschnitt im jeweiligen Bundesland gezahlt wurde.

Quelle: Brand und Salzgeber (2023).

Allein die stark gestiegenen Baupreise haben die Zinsentlastungen der vergangenen Jahre mehr als aufgezehrt.<sup>18</sup> Dieser Effekt ist dem deutlich größeren Anteil der Investitionen bzw. Baumaßnahmen an den Gesamtausgaben im Vergleich zum Anteil der Zinsen geschuldet. Im Jahr 2021 lag der Anteil der Baumaßnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben zwischen 5,4 % in Nordrhein-Westfalen und 15,5 % in Bayern (BY), die Zinsausgabenquoten lagen hingegen nur zwischen 1,9 und 0,2 %.

**Grafik 5: Nur wenige Kommunen sind von sehr hohen Zinsausgaben betroffen**

Anteil der Gemeinden mit bestimmten Zinsausgabenquoten in Prozent aller Gemeinden.



Lesehilfe: Dargestellt ist der Anteil der Kommunen, die in die Gruppe der auf der horizontalen Achse abgetragenen Zinsausgabenquoten fällt (blauer Balken). Der grüne Balken stellt den Anteil der entsprechenden Gruppe (Kommunen mit der entsprechenden Zinsausgabenquote) an der gesamten kommunalen Verschuldung dar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

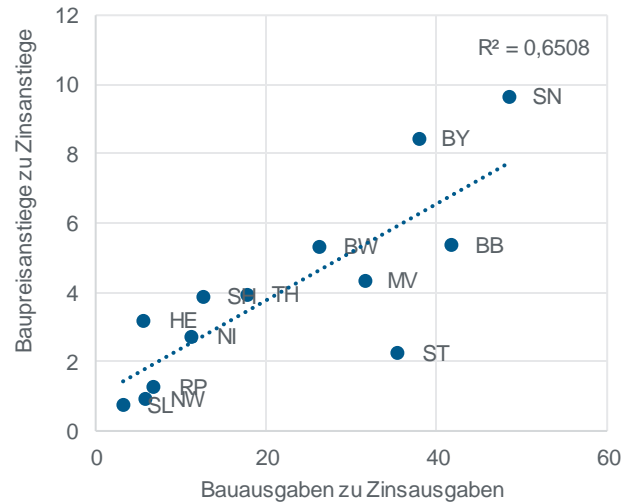
Gleichzeitig sind die statistisch erfassten Preise für Straßen, Brücken und Ortskanäle allein im Jahr 2021 um durchschnittlich 6,7 % gestiegen. Die geplanten Investitionen und auch der wahrgenommene Investitionsrückstand wuchsen ebenfalls nur in etwa um diesen Prozentsatz, sodass die kommunale Investitionstätigkeit real gesehen letztlich stagniert. Der starke Anstieg der Baupreise hat für die meisten Kommunen deutlich größere Effekte als ein potenzieller Zinsanstieg. In Grafik 6 sind diese auf der vertikalen Achse als Verhältnis von Mehrkosten durch Baupreisanstiege zu Mehrkosten durch Zinsanstiege abgetragen. Die horizontale Achse stellt dem das Verhältnis von Bauausgaben zu Zinsausgaben gegenüber, also die Größe der Hebel, die beide Ausgabenkategorien auf die kommunalen Gesamtausgaben haben.

Auch hier fallen die regionalen Unterschiede ins Auge, denn die Ergebnisse dieser Gegenüberstellung streuen stark. In Ländern mit niedriger kommunaler Verschuldung aber hohen Investitionsquoten, wie Bayern oder Sachsen, wären die Belastungen aus den oben angenommenen Baupreisanstiegen durchschnittlich bis zu zehnmal so groß wie die Mehrkosten einer verteuerten Refinanzierung. Etwas anders verhält es sich bei Ländern mit hochverschuldeten und investitionschwachen Kommunen, insbesondere Nordrhein-Westfalen

und dem Saarland. Hier wären die Kommunen im Durchschnitt sogar stärker durch einen 2 %-Zinsanstieg als durch den abgebildeten Baupreisanstieg betroffen.

**Grafik 6: Steigende Baupreise belasten Kommunen oft stärker als steigende Zinsen**

Verhältnis von Baupreisanstieg zu Zinsanstieg in Abhängigkeit der Bau- und Zinsausgaben auf Ebene der Bundesländer.



Lesehilfe: Auf der vertikalen Achse ist das Verhältnis steigender Zins- und Bauausgaben unter der Annahme dargestellt, dass die Bauausgaben 2021 um 6,7 % steigen und die 2022 und 2023 fälligen Kredite zu 2 Prozentpunkten höheren Zinsen refinanziert werden, als 2021 im Durchschnitt gezahlt wurde. Auf der horizontalen Achse ist als Referenzkategorie das Verhältnis von Bauausgaben zu Zinsausgaben im Bundeslanddurchschnitt des Jahres 2021 dargestellt.

Quelle: Brand und Salzgeber (2023).

Neben den steigenden Baupreisen dürften auch die steigenden Energiepreise ein immer stärkeres kurzfristiges Haushaltsrisiko werden. Dies gilt sowohl für die Kosten der Energieversorgung kommunaler Gebäude und Einrichtungen<sup>19</sup> als auch für die haushälterischen Risiken durch die Auswirkung steigender Energiepreise auf die kommunalen Auslagerungen wie z. B. Stadtwerke.<sup>20</sup> Zusätzlich machen sich in vielen Kommunen immer mehr personelle Kapazitätsprobleme bemerkbar, die sowohl eine Ausweitung der Investitionen als auch ein professionelles Kredit- und Zinsmanagement erschweren.<sup>21</sup> Angesichts der hohen Inflationsraten liegen auch in den Personalkosten kurz- und mittelfristige Haushaltsrisiken, z. B. wenn hohe Tarifabschlüsse auf die Kommunalhaushalte durchschlagen oder wenn benötigte Fachkräfte nur zu deutlich höheren Gehältern eingestellt werden können.

Und letztendlich dürfte für viele finanzschwache Kommunen eine Herausforderung darin liegen, überhaupt eine Kreditermächtigung und Kreditangebote zu erhalten. So zeigen aktuelle Befragungsergebnisse bereits verschärfte Kreditvergaberichtlinien im Unternehmensbereich, wenngleich es starke Unterschiede zwischen den Branchen und Unternehmensgrößen gibt.<sup>22</sup> Dies deutet auf eine stärkere Risikodifferenzierung seitens der Banken hin, die insbesondere auch hochverschuldete Kommunen betreffen könnte.<sup>23</sup> Denn auch wenn rund 80 % der kommunalen Schulden auf öffentlich-rechtliche Kreditgeber wie Landesbanken, Sparkassen und Förderbanken entfallen, die in der Regel einen öffentlichen Auftrag wahrnehmen, so folgen auch diese markt- und risikogerechten Standards.

## Fazit

Die steigenden Zinsen an den Kapital- und Kreditmärkten werden auch die Kosten der Kommunen für die Kreditneuaufnahme und die Umschuldung vorhandener Kredite erhöhen. Allerdings sind die finanziellen Auswirkungen selbst in einem Szenario mit spürbar höheren Zinsen eher überschaubar, verglichen mit anderen Herausforderungen, vor denen alle Kommunen stehen.

Von der Zinswende betroffen sind je nach Fälligkeitsstruktur und Finanzbedarf vor allem einzelne, finanz- und strukturschwache Kommunen, die bereits jetzt hochverschuldet sind und dementsprechend hohe Fremdkapitalkosten haben. Diesem begrenzten Kreis von Kommunen gilt es zielgerichtet zu helfen, beispielsweise durch eine nachhaltige Lösung des (Alt-)Schuldenproblems, wobei vor allem die Vermeidung von weiteren laufenden Defiziten im Vordergrund stehen sollte.<sup>24</sup>

Eine strukturelle Stärkung der Kommunalfinanzen würde zugleich auch allen anderen Kommunen helfen, mit ihren finanziellen Herausforderungen fertig zu werden. In erster Linie geht es um eine Verbesserung der Eigenmittel, da die Kommunen über Fremdkapital nur in engen Grenzen ihre Haushaltsspielräume hebeln können.<sup>25</sup> Dies wäre der beste Weg, die kommunale Investitionstätigkeit auch in Zeiten steigender Zinsen abzusichern und es damit der öffentlichen Hand zu ermöglichen, die anstehenden Transformationen zu bewältigen. Und es wäre ein Beitrag, der auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands weit über den zeitlichen Horizont der aktuellen Krisen einzahlt.

**Folgen Sie KfW Research auf Twitter:**

[https://twitter.com/KfW\\_Research](https://twitter.com/KfW_Research)

**Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation:**

[https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-\(D\)/index.jsp%20](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-(D)/index.jsp%20)

<sup>1</sup> Vgl. Heroldt, J. (2022b): Kreditmarkt unter Eindruck der Zinswende, KfW-Kreditmarktausblick: Juli 2022, KfW Research.

<sup>2</sup> Vgl. Raffer, C. und H. Scheller (2022): KfW-Kommunalpanel 2022, KfW Research.

<sup>3</sup> Brand, S. und D. Römer (2022): Öffentliche Investitionsbedarfe zur Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland, Fokus Volkswirtschaft Nr. 395 KfW Research.

<sup>4</sup> Vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2020): Kommunalfinanzierung in der Corona-Krise – Einschnitte, aber keine Zeitenwende, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, 2021, Heft 1, S. 46–53.

<sup>5</sup> Vgl. Seibel, K. (2022): Städte auf Verschleiß, Welt am Sonntag vom 31. Juli 2022.

<sup>6</sup> Diese Zahlen umfassen die Kern- und Extrahaushalte der Kommunen, die mit rund 133 Mrd. EUR zum 31.12.2021 verschuldet waren. Betrachtet man die Gesamtverschuldung der kommunalen Ebene inklusive aller kommunalen Beteiligungen, liegt die Gesamtverschuldung zwar mit rund 300 Mrd. EUR deutlich höher, aber immer noch unter der Verschuldung, die Bund (ca. 1.549 Mrd. EUR) und Länder (ca. 638 Mrd. EUR) allein in den Kern- und Extrahaushalten aufweisen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2022): Integrierte kommunale Schulden zum Jahresende 2021 bei 3 895 EUR pro Kopf, Pressemitteilung Nr. 468 vom 9. November 2022 und Öffentliche Schulden steigen zum Jahresende 2021 auf neuen Höchststand von 2,3 Bio. EUR, Pressemitteilung Nr. 136 vom 30. März 2022.

<sup>7</sup> Vgl. Brand, S. und J. Salzgeber (2021): Finanzierung öffentlicher Investitionen: Kredite allein helfen den Kommunen nicht, Fokus Volkswirtschaft Nr. 360, KfW Research.

<sup>8</sup> Im Jahr 2011 zahlten die Kommunen ca. 4,3 Mrd. EUR Zinsen für knapp 130 Mrd. EUR Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich, das entspricht einem Durchschnittszinssatz von 3,3 %.

<sup>9</sup> Vgl. Schwarting, G. (2019): Der kommunale Haushalt, Erich Schmidt Verlag Berlin.

<sup>10</sup> Vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2020): a. a. O. Eine Ausnahme sind die Kassenkredite (auch Liquiditätskredite bzw. Kredite zur Liquiditätssicherung), durch die Kommunen ihre Zahlungsfähigkeit bei Schwankungen der Einnahmen und Ausgaben sicherstellen können. Diese „Dispokredite“ sind jedoch zeitnah, d. h. in der Regel unterjährig, zu tilgen.

<sup>11</sup> Andere Fremdfinanzierungsinstrumente wie Schuldscheindarlehen oder Anleihen machen durchschnittlich deutlich weniger als 5 % des Investitionsvolumens aus. Vgl. Brand, S. und J. Salzgeber (2021): a. a. O.

<sup>12</sup> Vgl. Lenk, T., Hesse, M., Rottmann, O. und T. Starke (2022): E-Payment und kommunales Finanzmanagement, Studie des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V., Juli 2022.

<sup>13</sup> Raffer, C. und H. Scheller (2022): a. a. O.

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt (2022): Statistischer Bericht - Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts, Berichtszeitraum 2021, 28. Juli 2022.

<sup>15</sup> Vgl. Brand und Salzgeber (2023): Kommunalfinanzen in Zeiten steigender Zinsen, Wirtschaftsdienst 103. Jg., 2023, Heft 1, S. 55–61.

<sup>16</sup> Natürlich sind diese Zahlen nur eine grobe Schätzung. Ein Teil der auslaufenden Konditionen kann besser oder schlechter als angenommen sein, was die errechneten Effekte ändern würde. Die von den Städten, Gemeinden und Landkreisen erzielbaren Konditionen für Kommunalkredite hängen dabei von mehreren Faktoren wie der Größe und Struktur des Kredits, der Wirtschaftskraft des Kreditnehmers oder der Geschäftsstrategie der Banken ab und können sich von den Marktentwicklungen der Privat- oder Unternehmenskredite durchaus unterscheiden. Vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2017): Paradigmenwechsel in der Kommunalfinanzierung? Aktuelle Entwicklungen beim Kommunalkredit, Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2017, S. 425–440.

<sup>17</sup> In Hessen (HE) sind nur etwas über 13 % im Jahr 2022 oder 2023 fällig, in Sachsen-Anhalt (ST) hingegen fast 50 %, während nahezu 70 % der kommunalen Schulden in Hessen erst nach 2026 fällig werden, dem gegenüber in Sachsen-Anhalt nur rund 40 %.

<sup>18</sup> Vgl. Brand, S. und J. Salzgeber (2022a): Baupreisanstieg und mögliche Zinswende: Hürden für Kommunalinvestitionen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 373, KfW Research.

<sup>19</sup> Vgl. Brand, S., Raffer, C., Salzgeber, J. und H. Scheller (2022): Kommunen spüren steigende Energiepreise und reagieren vielfältig darauf, Fokus Volkswirtschaft Nr. 381, KfW Research.

<sup>20</sup> Vgl. Erb, A. (2022): Überzeugungsarbeit zu leisten, Der Neue Kämmerer vom 13. September 2022.

<sup>21</sup> Vgl. Brand, S. und J. Salzgeber (2022b): Knappe Personalkapazitäten erschweren Ausweitung kommunaler Investitionen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 375, KfW Research.

<sup>22</sup> Vgl. Heroldt, J. (2022a): Banken bei KMU etwas strenger, KfW-ifo-Kredithürde Q2 2022, KfW Research.

<sup>23</sup> Frühere Befragungsergebnisse zeigen, dass höher verschuldete Kommunen bereits vor den jüngsten Krisen weniger Kreditangebote der Banken erhielten. Vgl. Lenk, T., Hesse, M., Rottmann, O. und T. Starke (2018): Kommunales Zins- und Anlagemanagement in der Niedrigzinsphase, Studie der Universität Leipzig, Juni 2018.

<sup>24</sup> Vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2018): Kommunales Altschuldenproblem: Abbau der Kassenkredite ist nur ein Teil der Lösung, Fokus Volkswirtschaft Nr. 203, KfW Research.

<sup>25</sup> Vgl. Brand, S. und J. Salzgeber (2021): a. a. O.